

aktuell



Oberstufe NEU:

**Weiterer Baustein der
Bildungsreform fix**

Die Regierungspartner haben sich – nach Irritationen der ÖVP – auf eine Reform der Oberstufe geeinigt. Weitgehend wird der von Bildungsministerin Schmied, SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer und seinem ÖVP-Pendant Werner Amon ausverhandelte Entwurf beibehalten. Das heißt: Ein Aufsteigen mit zwei "Nicht Genügend" am Ende des Schuljahres ist automatisch möglich, bei drei "Nicht Genügend" nur ein Mal und auf Beschluss der Klassenlehrerkonferenz. Aber: Sämtliche negativen Beurteilungen eines Semesters- oder Jahreszeugnisses müssen in jedem Fall ausgebessert werden. Trotzdem kann der schulische Nachzügler in der Klassengemeinschaft bleiben. Zur Matura wird jedenfalls erst angetreten, wenn alle Semester positiv abgeschlossen wurden. Das bedeutet, dass das Niveau unserer Jugend nicht sinkt – es wird im Gegenteil aufgrund besserer Förderungen sogar steigen. Mehr dazu auf Seite 5

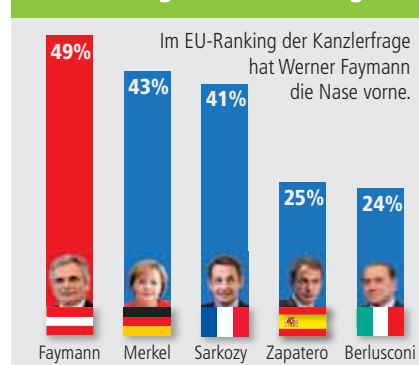
Das Fest-Event des Jahres für die Bundespartei ist das traditionelle Kanzlerfest im Schlossgarten des Hotels Altmannsdorf. Viele Fotos von dem stimmungsvollen Abend mit mehr als 3.000 Gästen ab Seite 6

Eure Redaktion



Der Vizepräsident der Fraktion der europäischen Sozialdemokraten, Hannes Swoboda, widmet sich in einem Kommentar dem Thema Griechenland. Die Grundvoraussetzungen für eine nachhaltige Sanierung des auf Europas Zahlungen angewiesenen Mittelmeeres sind Wachstum und Beschäftigung. Seite 14

EU-Ranking zur Kanzlerfrage



Quelle: Österreich (IFES u.a.), Grafik: SPÖ

Faymann Nr. 1 bei EU-Kanzlerranking

Der beliebteste Kanzler in ganz Europa heißt Werner Faymann. Das ergab eine europaweite Ifes-Umfrage, bei der alle europäischen Kanzler gegen ihren direkten Konkurrenten abgefragt wurden. 49 Prozent würden Faymann direkt zum Kanzler wählen, nur 35 Prozent stimmten für Vizekanzler Spindelegger. ♦



Bildbox

Die Gratis-Impfung gegen Masern gibt es beim Hausarzt oder am Gesundheitsamt.

Gratis Masern-Impfung bis 45

Derzeit breitet sich in vielen europäischen Ländern eine Masernepidemie aus, die bereits zu zahlreichen Erkrankungs- und Todesfällen geführt hat. In Österreich ist es noch nicht zu einem Anstieg gekommen, Gesundheitsminister Alois Stöger beugt aber vor: Die Altersgrenze für gratis Masern-Impfungen wurde von 25 auf 45 Jahre angehoben. ♦



Lehmann

Bildungsministerin Schmied will die Integration in Österreichs Schulen verbessern.

Mehr Lehrer mit Migrationserfahrung

Jeder vierte Schüler an österreichischen Volksschulen hat einen Migrationshintergrund, in Städten ist es sogar jeder zweite. Für Bildungsministerin Claudia Schmied ist das Thema Bildung und Integration daher besonders wichtig. "Das politische Ziel ist klar: Wir wollen bestmögliche Bildung für alle jungen Menschen, die in Österreich leben", betonte Schmied. Gemeinsam mit Staatssekretär Kurz präsentierte Schmied nun verschiedene Maßnahmen im Bereich "PädagogInnen und Migration". So soll etwa der Ausbau der Deutschförderung und die Stärkung der interkulturellen Bildung vorangetrieben werden. Außerdem will Schmied "mehr Personen mit Migrationserfahrung für den Lehrerberuf gewinnen". Das wäre ein "wesentlicher Beitrag" für mehr Integration, sagte Schmied. Ziel müsse aber jedenfalls der Erwerb der deutschen Sprache sein. ♦

Zitat der Woche

„Wir müssen uns mehr für soziale Gerechtigkeit stark machen, sonst geht der Punkt, der Österreich zu einer Modellregion macht, verloren.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Es braucht altersgerechte Arbeitsplätze!

Der Seniorenrat drängt auf die Umsetzung von Maßnahmen, damit das faktische Pensionsantrittsalter erhöht wird.

Die Angleichung des tatsächlichen an das gesetzliche Pensionsalter hat höchste Priorität. Daher brauchen wir altersgerechte Arbeitsplätze. Bei den Frühpensionierungen muss auch die Wirtschaft in die Pflicht genommen werden, die nicht so tun kann, als würde sie das nichts angehen“, betont Karl Blecha, Präsident des Pensionistenverbands Österreichs (PVÖ). Blecha fordert daher die Wirtschaft

auf, sich auch an den Kosten für die wichtigen, von Sozialminister Rudolf Hundstorfer gestarteten, Programme wie „fit2work“ und die Gesundheitsstraße zu beteiligen. Weiters spricht sich der PVÖ-Präsident dafür aus, dass – ähnlich wie in Finnland – Firmen Strafe zahlen müssen, die ältere Arbeitnehmer (Männer über 60, Frauen über 55) zwangspensionieren. ♦

PVÖ-Präsident Karl Blecha: „Alle reden davon, dass die Menschen länger arbeiten sollen. Aber dafür müssen auch die Unternehmer ihren Beitrag leisten.“



PVÖ



Aus Eigennutz solidarisch

Die Schuldenkrise Griechenlands hält die europäische Öffentlichkeit in Atem. Warum wir jetzt durchaus aus Eigennutz solidarisch sein müssen und welche Konsequenzen die Situation für die Finanzmärkte haben muss.

„Unserer Forderung nach Einführung einer Finanztransaktionssteuer bringt die jetzige Situation jedenfalls starken Aufwind.“

Die Situation ist nicht einfach: Griechenland steht vor dem finanziellen Abgrund, die Stimmung im Land ist extrem aufgeheizt und mittendrin suchen die EU-Politiker nach einer Lösung, um die Griechen vor einer Pleite zu bewahren. In vielen Ländern versuchen vornehmlich rechtspopulistische Parteien, aus der Krise Kapital zu schlagen. Auch hier in Österreich, wo die FPÖ mit teils haarsträubend falschen Behauptungen auf Stimmenfang geht.

In dieser schwierigen Situation kühlen Kopf zu bewahren und die richtigen Lösungen anbieten zu können, ist nicht leicht, aber unabdingbar. Für die SPÖ ist klar, dass wir diese Verantwortung wahrnehmen müssen. Ein kurzer Blick auf die Fakten: Durch die Hilfestellung für Griechenland sind für Österreich bis jetzt keine Kosten entstanden.

Manche behaupten sogar, die Hilfe sei ein „Geschäft“, was aber Unsinn ist, dafür ist das eingegangene Risiko zu hoch. Wir sind aber noch weit von einem Schaden für die heimischen Steuerzahler entfernt. Bundeskanzler Werner Faymann hat in der „Pressestunde“ zurecht jene Scharlatane genannt, die jetzt schon „wüssten“, dass wir Milliarden bezahlen müssen.

Weitere Hilfe durch die EU ist an strenge Auflagen wie den Verkauf von Staatsvermögen und strikte Sparmaßnahmen geknüpft. Den Griechen jetzt unter die Arme zu greifen, ist aus österreichischer Sicht durchaus nicht uneigennützig, ja letztlich ohne Alternative. Trotz der derzeitigen Turbulenzen rund um den Euro und Griechen-



Die drei großen Rating-Agenturen agieren wie im alten Rom nach dem Prinzip Daumen rauf, Daumen runter – ohne jedoch selbst Verantwortung zu übernehmen.

land: Wir haben vom Euro insgesamt deutlich profitiert. Deshalb müssen wir ihn nun stabil halten, um auch in Zukunft profitieren zu können. Im Interesse unseres Staatshaushaltes, unserer Wirtschaftsleistung und vor allem zum Erhalt der Arbeitsplätze. Schließlich gehört Österreich zu den stärksten Exportländern, mehr als eine Million Menschen arbeiten in der Exportwirtschaft.

Es geht nicht nur um Griechenland. Wenn dieses Land kippt, wird als Nächstes auf die sinkende Kreditwürdigkeit von Ländern wie Portugal oder Irland spekuliert. Die drei großen Rating-Agenturen, die Einschätzungen über Bonitätsrisiken abgeben, agieren wie im alten Rom nach dem Prinzip Daumen rauf, Daumen runter – ohne jedoch selbst Verantwortung zu übernehmen.

Das geht nicht. Die Bedeutung dieser Agenturen muss zurückgehen, ihre Verantwortlichkeit enger eingegrenzt werden. Und vor allem braucht Europa eine eigene, unabhängige Rating-Agentur.

Was auf keinen Fall länger geduldet werden darf, sind die Ungerechtigkeiten, die sich in das Finanzsystem geschlichen und zu argen Schiefen geführt haben. Wir werden noch viel über die Rolle der mächtigen Rating-Agenturen sprechen müssen, die den drohenden Bankrott Griechenlands ordentlich befeuert haben. Hedgefonds spekulieren auf das Risiko einer Griechenland-Pleite.

Kurzum: Die Welt des Finanzkapitals braucht endlich strengere Regeln und muss an die Leine genommen werden, damit wir Krisen wie jene in Griechenland künftig verhindern können. Unserer Forderung nach Einführung einer Finanztransaktionssteuer bringt die jetzige Situation jedenfalls starken Aufwind. Offen ist noch, wie wir sie durchsetzen – gegen den Widerstand von Rating-Agenturen, die gleich auch im Besitz von Nachrichtenagenturen sind, oder gegen Banken, die Zeitungen besitzen.

Vor etwas mehr als einem Jahr hat Kanzler Faymann unsere Forderung nach einer europaweiten Bürgerinitiative zur Einführung einer solchen Steuer auf Finanztransaktionen vorgestellt. Der Widerstand der konservativ-liberalen Mehrheit unter den EU-Regierungen gegen die Regulierung der Finanzmärkte muss endlich gebrochen werden. Wir können nicht warten, bis diese Regierungen abgewählt werden, um zu einem gerechteren Steuersystem zu kommen. ♦

Ich freue mich über Diskussionsbeiträge zum Thema auf

www.facebook.com/laurarudas.at



GRIECHENLANDHILFE

Wann, wieviel und warum?

Das Griechische Parlament hat einem strikten Sparpaket zugestimmt und somit den Weg für weitere Hilfen der EU und des Währungsfonds frei gemacht.



Warum wir Griechenland helfen sollten? Um Schaden für Österreich zu verhindern.

Das vom griechischen Parlament vorgesehene Sparpaket hat es in sich: Durch Postenabbau im öffentlichen Dienst, Steuererhöhungen, Kürzungen bei Sozialleistungen, dem Verkauf von Staatseigentum, dem Kampf gegen Steuerhinterziehung und ähnlichem mehr, sollen insgesamt 78 Milliarden Euro eingespart werden. Der Beschluss des Pakets war Voraussetzung für weitere Finanzhilfen durch die Europäische Union und den

Internationalen Währungsfonds, die Griechenland vor dem Bankrott retten sollen.

Bisher keine Kosten für Österreich

Derzeit sind Österreich durch die Griechenlandhilfe noch keine Kosten entstanden. Österreich hat bisher mit 1,2 Mrd. Euro geholfen – nach dem bisherigen Plan werden es 2,3 Milliarden Euro an Krediten wer-

den. Fakt ist: Das Geld nimmt der österreichische Staat nicht aus dem Steueraufkommen oder dem Staatshaushalt, sondern borgt es sich auf dem Kapitalmarkt aus und leiht es – mit Strafzinsen – an Griechenland weiter. Man muss klar sagen, dass ein Risiko besteht, dass Griechenland nicht alle Schulden zurückzahlen kann. Wie hoch dieses Risiko ist, lässt sich derzeit nicht seriös beziffern. Zur Ehrlichkeit mahnte Bundeskanzler Werner Faymann in der ORF-„Pressestunde“ daher all jene „Scharlatane“, die bereits jetzt behaupten, es gäbe Verluste für Österreich.

Stabiler Euro, stabile Wirtschaft

Warum Österreich sich an der Hilfe für das ins Trudeln geratene Griechenland beteiligen soll, ist schnell erklärt: Es liegt in unserem Interesse. „Wir sind darauf angewiesen, dass unsere Exporte funktionieren und unsere Währung stabil ist“, sagte Faymann. Um das zu gewährleisten, müssen auch die anderen EU-Mitgliedsstaaten stabil sein. Jede Alternative zur Rettung Griechenlands ist teurer für Österreich und unsere Wirtschaft und hätte negative Folgen für den Arbeitsmarkt. Es geht darum, Griechenland zu helfen, um den Schaden für Österreich und die ganze EU so klein wie möglich zu halten. ♦

STEUERREFORM 2013

Entlastung für Arbeitnehmer

Bundeskanzler Werner Faymann spricht sich für eine Steuerreform noch in dieser Legislaturperiode aus. Österreichs Steuersystem soll gerechter werden.

Neben den aktuellen Entwicklungen rund um Griechenland und den Euro war auch eine Reform des österreichischen Steuersystems Thema in der ORF-„Pressestunde“. Bundeskanzler Werner Faymann sprach sich dabei klar für eine Steuerreform noch in dieser Legislaturperiode aus. Finanziert werden soll sie durch Wirtschaftswachstum. Angesichts der aktuellen überaus positiven Daten für Konjunktur und Arbeitsmarkt, geht Faymann davon aus, „dass wir das verdienen“. Faymanns Ziel ist es, das

Steuersystem gerechter zu gestalten. „Wir müssen darüber reden, wie gerecht es zugeht, wen wir entlasten wollen, nämlich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“, sagte Faymann. Auch vermögensbezogene Maßnahmen sollen angedacht werden. „Es geht darum, wie man damit auch die Richtigen trifft, nämlich die reichsten fünf Prozent der Bevölkerung“, so der Kanzler. Die Steuerreform aus dem Jahr 2009 mit mehr als drei Milliarden Euro habe entscheidend dazu beigetragen, die Kaufkraft zu stärken. ♦



Vor allem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen von der Steuerreform 2013 profitieren.

OBERSTUFE NEU

Nächster Erfolg für unsere Kinder

Mit der Einigung zur Oberstufe NEU bringt die Regierung nun die nächste große Bildungsreform auf den Weg.

„Wir setzen einen weiteren wichtigen Schritt in Richtung einer leistungsorientierten, motivierenden Schule.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Das „Jahr der Bildung“ hat bereits zur Halbzeit viele wichtige Schulreformen gebracht: Nach der Ausweitung der Ganztagschulplätze und dem flächendeckenden Ausbau der Neuen Mittelschule wurde von der Regierung jetzt der nächste Reformschritt gesetzt. Die von Bildungsministerin Claudia Schmied gemeinsam mit SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer und ÖVP-Bildungssprecher Amon erarbeitete Reform der Oberstufe sorgt für mehr Leistung und mehr Förderung. Und vor allem: Durch das verstärkte Angebot an Förderung in der Schule ist die neue Oberstufe ein überaus taugliches Mittel im Kampf gegen die horrend hohen Nachhilfekosten, die viele Eltern belasten. Nachdem die Regierung auch die letzten Detailfragen präzisiert hat, ging der Gesetzesentwurf vor kurzem in Begutachtung. Umgesetzt werden soll die „Oberstufe NEU“ im Rahmen eines Stufenplans – beginnend mit dem Schuljahr 2012/13, sagte Ministerin Schmied.

Individuelle Förderung

Künftig wird der Lehrstoff semesterweise unterteilt. Ein Aufsteigen mit zwei „Nicht Genügend“ am Ende des Schuljahres ist automatisch möglich, bei drei „Nicht Genügend“ ist ein einmaliges Aufsteigen auf Beschluss der Klassenlehrerkonferenz möglich. Eines aber ist klar: Alle negativen Noten in einem Semester- oder Jahreszeugnis müssen auf jeden Fall ausgetauscht werden, der Schüler kann dabei in der Klassengemeinschaft bleiben. Alle Semester müssen positiv abgeschlossen werden, erst dann darf zur Matura angetreten werden. Damit es erst gar nicht zum ökonomisch teuren und pädagogisch nicht sinnvollen Sitzenbleiben kommt, gibt es ein Frühwarnsystem: Schüler, Eltern und Lehrer vereinbaren Fördermaßnahmen und Förderkurse. Darüber hinaus werden betroffenen Schülerinnen und Schülern Lern-



Fotolia

Mehr individuelle Förderung in der Schule und deutlich geringere Nachhilfekosten – das sind nur zwei der vielen Vorteile der neugestalteten Oberstufe.

begleiter zur Seite gestellt. Bundeskanzler Werner Faymann bekräftigte, dass mit der Einigung in Sachen Reform der Oberstufe „ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung einer leistungsorientierten, motivierenden Schule gesetzt wird“. SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas verdeutlichte, dass sich das Kurssystem in vielen Schulversuchen „bestens bewährt“ habe. Die Reform der Oberstufe sei der „nächste große Erfolg für unsere Kinder“, sagte Laura Rudas.

Lehrerausbildung wird auf neue Beine gestellt

Dass die SPÖ-geführte Regierung die Bildungsreformen mit voller Kraft und ganzer Entschlossenheit vorantreibt, sieht man auch an den Fortschritten bei der Reform der Lehrerausbildung. Noch in dieser Legislaturperiode soll die „PädagogInnenbildung NEU“ starten. Dafür hat es bereits umfangreiche Vorarbeiten gegeben: Im Anschluss an den Endbericht der ExpertIn-

nengruppe fanden zahlreiche große Gesprächsrunden mit allen Interessensgruppen statt, zudem wurden ergänzende Expertisen eingeholt. Jetzt hat die von Bildungs- und Wissenschaftsministerium eingesetzte Vorbereitungsgruppe unter Leitung von Bildungsexperten Andreas Schnieder ihre Empfehlungen abgegeben. Im Zentrum der Empfehlungen ist eine hochwertige Ausbildung aller Pädagoginnen und Pädagogen auf tertiärem Niveau mit gemeinsamen Kernbereichen. Für Ministerin Schmied ist dabei klar, dass „die pädagogische Profession eine universitäre Heimat haben muss“. Ob die Universitäten oder die Pädagogischen Hochschulen bei der künftigen Lehrerausbildung federführend sein werden, solle sich in einem „positiven Wettbewerb, bei dem sich Qualität durchsetzt“, entschieden werden, so Schmied. Auf Basis der Empfehlungen der Vorbereitungsgruppe wird nun die Reform der Lehrerausbildung weiter vorangetrieben – für beste Bildung und beste Chancen für unsere Kinder. ♦

Über 3.000 Gäste und herrliches Sommerwetter

Zimmer



Zimmer



Der Kanzler und seine Gattin, die Wiener Gemeinderätin Martina Ludwig-Faymann nutzen ihre Rundgänge für zahlreiche Gespräche mit den Gästen. (Im Bild mit der ehemaligen SPÖ-Nationalratsabgeordneten Elisabeth Pittermann und PVÖ-Präsident Karl Blecha).

Bundekanzler Werner Faymann hat zum traditionellen Sommerfest der SPÖ geladen – und über 3.000 Gäste, darunter zahlreiche Prominenz, kamen, um den Abend im festlich dekorierten Garten des Renner-Instituts zu genießen.

Ich freue mich über jeden Einzelnen, der gekommen ist und bedanke mich für die gute Zusammenarbeit, die für unser Land stattfindet. Wir können mit Stolz auf unser Wirtschaftswachstum und auf unsere Beschäftigungszahlen schauen, das unterscheidet uns von vielen anderen Ländern der Welt. Diese guten Daten sind nur möglich dank der guten Zusammenarbeit von Wirtschaft, Politik und Interessensvertretungen", sagte der Kanzler bei seiner Begrüßungsrede.

Unter den Gästen des Sommerfestes waren neben der gesamten SPÖ-Regierungsmannschaft, den Landeshauptleuten der SPÖ-regierten Bundesländer sowie den SPÖ-Bundesgeschäftsführern Laura Rudas und Günther Kräuter u.a. Altkanzler Alfred Gusenbauer, Karl Blecha, Hilde Hawlicek sowie Wilhelm Haberzettl und Wolfgang Katzian. Weitere Prominente aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst und Kultur: Ewald Nowotny, Wolfgang Ruttenstorfer, Christian Kern, Monika Kir-

cher-Kohl, Konrad Paul Liessmann, Alfons Haider, Adi Hirschal, Marika Lichter, Brigitte Neumeister, Götz Spielmann, Thomas Brezina und viele mehr. ♦

WEBTIPP

Eine ausführliche Bildergalerie vom Sommerfest 2011 unter www.flickr.com/sozialdemokratie.



Zimmer

Bundeskanzler Werner Faymann eröffnete das traditionelle Sommerfest im Garten des Renner-Instituts in Wien-Altmannsdorf.



Zimmer

Novotny



Hutter

Zahlreiche Prominente waren der Einladung von Bundeskanzler Werner Faymann gefolgt. Darunter auch der Jugendbuchautor Thomas Brezina, die ORF-Moderatorin Barbara Stöckl, ORF-Generaldirektor Alexander Wrabetz und der Sänger der EAV, Klaus Eberhartinger (im Bild mit SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter).



Zimmer

Neben österreichischer Prominenz waren auch der amerikanische Botschafter William Carlton Eacho und seine Gattin Donna (Bildmitte) gekommen, um den Abend zu genießen.



Zimmer

Genossen die gute Stimmung und das musikalische Rahmenprogramm: Staatssekretär Josef Ostermayer mit Gattin und der Gouverneur der Österreichischen Nationalbank Ewald Nowotny mit Gattin.



Novotny

Im Rahmen des Sommerfestes konnten Spenden in der Höhe von 4.317 Euro für die Volkshilfe gesammelt werden. (v.l.n.r.) Volkshilfe-Präsident Josef Weidenholzer, Dietmar Hoscher, Mitglied des Vorstandes der Casinos Austria, SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter und der Geschäftsführer der Volkshilfe, Erich Fenninger bei der Scheckübergabe.

Die Band „Velvet Elevator“ sorgte gemeinsam mit dem Rouser Girl Tini Kainrath für eine wunderbare musikalische Untermalung.



Zimmer

GESUNDHEIT

Ernährungspyramide für Schwangere

Die neue Ernährungspyramide gibt Auskunft darüber, was bei der Ernährung in der Schwangerschaft zu beachten ist. Für die Richtigkeit der Angaben haben unabhängige Experten gesorgt.

Srodic



Ernährungsexpertin Ingrid Kiefer, Gesundheitsminister Alois Stöger und die schwangere Daniela Rosenberger bei der Präsentation der Ernährungspyramide.

In der Schwangerschaft das Richtige zu essen ist besonders wichtig für die Entwicklung eines Kindes und seine

duktherstellern gegeben werden. Und auch das Internet ist voller widersprüchlicher Ratschläge.

späteren Ernährungsgewohnheiten.

„In der Schwangerschaft wird der Grundstein für die Ernährung des Kindes gelegt. Das, was Schwangere essen, hat Auswirkungen auf die Geschmacksbildung des Kindes“, erklärt Gesundheitsminister Alois Stöger die wichtige Rolle der Ernährung in der Schwangerschaft.

Derzeit kursieren viele unterschiedliche Tipps für Schwangere, die oft von Pro-

Kompetente Information von unabhängigen Experten

Mit dieser Verunsicherung ist jetzt Schluss. „Die Empfehlungen in der Ernährungspyramide wurden von unabhängigen Expertinnen und Experten entwickelt. Sie bieten Frauen kompetente, seriöse Information“, so der Gesundheitsminister. Die Pyramide – Teil des Nationalen Aktionsplans Ernährung – zeigt, wie die nötige Mehrversorgung mit Vitaminen, Eisen und Folsäure gewährleistet werden kann. Nicht nur die Lebensmittel an sich, sondern auch der richtige Umgang mit ihnen, Stichwort Küchenhygiene, sind sehr wichtig. Verzichtet werden sollte auf rohe tierische Lebensmittel. Die Info-Broschüre inklusive Ernährungspyramide ist als Download auf der Homepage des Gesundheitsministeriums unter www.bmg.gv.at erhältlich und kann dort auch bestellt werden. ♦

VERWALTUNGSREFORM Spektakuläre Erfolge

Laut einer OECD-Studie hat Österreich so gut wie kein anderes Industrieland die Effizienzsteigerung im öffentlichen Dienst vorangetrieben.

Der österreichischen Bundesregierung wird einmal mehr das beste Zeugnis ausgestellt“, zeigt sich SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter erfreut. Es wurde viel getan. Beim Pflegegeld etwa wurde von 303 auf 8 auszahlende Stellen reduziert und die Schulden der Krankenkassen wurden halbiert. Nun geht die Verwaltungsreform in die nächste Runde. „Eine Fülle von Projekten ist in Umsetzung“, bekräftigt Finanzstaatssekretär Andreas Schieder. Bis 2013 soll unter anderem die Finanzierung des Spitalbereichs neu strukturiert werden, ein Bundesamt für Asyl und Migration wird geschaffen, das 194 Behörden ersetzt

und bei der Verwaltungsgerichtsbarkeit sollen 100 Sonderbehörden bis 2013 zugunsten von neun Landesverwaltungsgerichten und einem Bundesverwaltungsgericht aufgelöst werden. ♦

Finanzstaatssekretär Andreas Schieder präsentierte zehn ausgewählte Projekte zur Verwaltungsreform.

Zinner



BALKAN

SPÖ Wien informiert sich vor Ort

Die Bildungsabteilung der SPÖ Wien sendete vom 9. bis 14. Juni eine 40-köpfige Delegation auf eine Bildungsreise ins ehemalige Jugoslawien.

Gemeinsam mit dem SPÖ-Landtagsabgeordneten Peko Baxant, Boxweltmeister Gogi Knezevic und Basketballstar Stjepan Stazic ging es nach Belgrad, Zagreb, Novi Sad und Sarajevo. Die Reise wurde genutzt, um Kontakte mit sozialdemokratischen Schwesternparteien zu vertiefen. So sollte ein Beitrag zum Zusammenwachsen Europas geleistet werden. Einer der vielen Programmpunkte war eine Besichtigung des EUFOR-Stützpunkts (European Union Force) nahe Sarajevo. Dort hatten die Teilnehmer auch Gelegenheit, mit den Soldaten über die Wehrpflicht zu diskutieren. ♦



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Wien besuchen Soldaten eines EUFOR-Stützpunkts.

Wiener Bildung

Sachbuch

Das zweite Ich

Dietmar Grieser begibt sich mit seinem neuen Buch auf die Spurensuche ins Reich der echten und der falschen Identitäten.

Wer schon immer wissen wollten, unter welchen Tarnnamen Queen Elisabeth durch die Lande reist, wie Mark Twain, Klaus Kinski und Hundertwasser zu ihren Künstlernamen kamen, wie Karajan im republikanischen Nachkriegsösterreich sein „von“ retten konnte, für den ist das Buch von Dietmar Grieser „Das zweite Ich. Von Hans Moser bis Kishon, von Falco bis Lorient“ genau richtig. All diese Personen und noch viele mehr, die im Buch genannt werden, haben eines gemeinsam: Sie wurden

entweder unter ganz anderem Namen geboren, legten sich im Laufe ihrer Karriere Pseudonyme, also Künstlernamen, zu oder ließen ihren Namen aus verschiedensten Gründen ändern. Einige änderten ihren Namen eher unfreiwillig. Sie erhielten manchmal nicht sehr schmeichelhafte „Spitznamen“. Humorvoll und unterhaltsam, aber stets auf geschichtliche Korrektheit bedacht, bringt der Bestsellerautor diese überraschenden Aspekte dem Leser nahe. ♦

Roman

Die Radiofamilie

Die „Radiofamilie Floriani“ war die bekannteste Radiosendung im Nachkriegsösterreich. Lange Zeit galten die Skripte als verloren. Nun wurden sie zum ersten Mal in diesem Band publiziert.

Ingeborg Bachmann begann im Herbst des Jahres 1951 für das Unterhaltungsprogramm des Senders „Rot-Weiß-Rot“ zu schreiben und machte „Die Radiofamilie Floriani“ zum bekanntesten und beliebtesten Hörspiel. Die Florianis sind eine bürgerliche, leicht verschrobene Familie: Da ist Hans, das Familienoberhaupt, Oberlandesgerichtsrat und ehrenhaft bis in die Knochen. Hans wird von seinen rotzfrechen Kindern immer um den Finger gewickelt.

Seine Frau Vilma ist die Tochter eines Generals mit entsprechendem Ständedünkel. Dann gibt es noch Onkel Guido, den Halbbruder von Hans. Er war ein Nazi, aber ein kleiner, der „sonst nichts angestellt hat“. Woche für Woche kommen sie zusammen und handeln mit viel Witz und Ironie den Kalten Krieg, die Entnazifizierung, den beginnenden Wiederaufbau – und neben dem großen auch das kleine Geschehen im Nachkriegsösterreich ab. ♦

Natur

Gartengeschichten

In ihrem Erzählband „Löwenmaul und Irisschwert“ vereint Barbara Frischmuth Geschichten und Bilder aus Garten und Natur zu einer kleinen Philosophie des Gartenjahrs.

Frischmuth ist ihrem Garten verfallen. Bereits in den vergangenen Jahren veröffentlichte sie erfolgreich ihre Gartentagebücher. Diesmal spannt sie die Geschichte über das ganze Gartenjahr. Dabei werden sowohl Enttäuschungen als auch „Blühwunder“ thematisiert. Diese Höhen und Tiefen werden in Bildern und heiteren Geschichten festgehalten. Dabei hat die Autorin auch immer den Menschen im Blick – zwischen Menschen und Blumen geht es

nicht immer romantisch zu, ist hierzu lesen. Vom Garten der Träume bis zum Gärtnern in Gedanken wird ein weiter Bogen gespannt. Zudem schwebt die Frage nach den grünen Freuden in der Literatur stetig über dem Buch. Der Band ist in zwei Abschnitte geteilt. Der erste thematisiert: „Was die Literatur im Garten verloren hat“, der zweite: „Was der Garten in der Literatur verloren hat“. Gartenfreunde werden hier heitere Erzählungen und Tipps finden. ♦

☐ Stk.


Dietmar Grieser:

Das zweite Ich.

Amalthea Signum Verlag,

Wien 2011;

256 S., 19,95 €

☐ Stk.


Ingeborg Bachmann:

Die Radiofamilie.

Suhrkamp Verlag, Berlin 2011;

411 S., 25,60 €

☐ Stk.


Barbara Frischmuth:

Löwenmaul und Irisschwert. Gartengeschichten.

Aufbau Verlag, Berlin 2011;

192 S., 22,70 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße****1014 Wien, Löwelstraße 18****Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at**

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



aktuell

ÖKOSTROMGESETZ

Mehr Strom aus erneuerbarer Energie

Mit dem neuen Ökostromgesetz will die Bundesregierung die Energiewende einleiten. Strom aus erneuerbaren Energien wird künftig verstärkt gefördert. Bis 2015 soll Österreich atomstromfrei sein.

Ziel der Regierung ist es, möglichst bald nicht mehr auf Stromimporte – besonders auf Atomstrom – angewiesen zu sein. Bis 2050 soll Österreich völlig energieautark sein. Das neue Ökostromgesetz ist hierzu ein wichtiger Baustein. Es sieht vor, den Stromanteil aus erneuerbaren Energien deutlich zu erhöhen. Schon jetzt ist Österreich mit 70 Prozent Ökostrom europaweit führend. Künftig soll der Ausbau alternativer Energieformen – vor allem durch kleine und mittelgroße Wind- oder Photovoltaik-Anlagen – noch stärker gefördert werden. „Bis 2015 soll der Anteil des geförderten Ökostroms am Gesamtstrom 15 Prozent betragen“, führt SPÖ-Energiesprecher Wolfgang Katzian aus. Das Fördervolumen soll von derzeit 21 Millionen Euro auf rund 40 Millionen nahezu verdoppelt werden.



Strom aus erneuerbaren Energien, etwa aus Solarkraft, soll künftig noch stärker gefördert werden.

Außerdem geht es darum, stabile Rahmenbedingungen für die Energiewirtschaft zu schaffen und das Fördersystem

übersichtlich und nachvollziehbar zu gestalten.

Nicht auf Kosten von sozial Schwachen

In der neuen Gesetzesvorlage wurden die Ökostromkosten für private Haushalte auf 35 Prozent am Gesamtbetrag reduziert. Für sozial schwache Haushalte ist eine Begrenzung von 20 Euro Ökostromkosten vorgesehen. „Für die SPÖ war klar, dass der nötige Aus- und Umbau des Energiesystems nicht auf Kosten von sozial Schwachen gehen darf“, betont Katzian. Das neue Ökostromgesetz soll in Kürze beschlossen werden. Die Regierung führt derzeit Gespräche mit den Oppositionsparteien, um die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit zu erreichen. ♦

FAIRNESSPAKET

Verbesserung für Kommunalpolitiker

Das Fairnesspaket für Bürgermeister wurde endgültig fixiert. Darin enthalten sind sozialrechtliche Verbesserungen für kommunalpolitisch engagierte Menschen.

Zukünftig wird es eine Absicherung bei Arbeitslosigkeit durch Mandatsverlust, eine Rückerstattung von Pensionsbeiträgen über der Höchstbemessungsgrundlage und eine faire Zuvergrenze für Kommunalpolitiker geben. Diese Maßnahmen sollen die Qualität der politischen Arbeit in den Städten und Gemeinden sichern, betont SPÖ-Kommunalsprecher Kurt Gaßner.

Auch SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter ist über das Paket erfreut: „Die Verbesserung der sozialrechtlichen Bedingungen für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und für kommunalpolitisch engagierte Personen generell ist ein wichtiges Signal der Anerkennung und des Respekts vor den täglichen Leistungen im Dienste der Allgemeinheit.“ ♦

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter begrüßt die Verbesserungen für die Bürgermeister.



VERKEHR

Rettungsgasse kommt

Mit 1. Jänner 2012 wird es auch auf Österreichs Autobahnen die sogenannte „Rettungsgasse“ geben. Im Herbst startet dazu eine große Info-Kampagne.

Wenn Einsatzkräfte wegen eines Staus nicht rechtzeitig zum Unfallort gelangen können, vergehen wertvolle Minuten, die im Notfall Menschenleben retten können“, sagte Verkehrssprecher Anton Heinzl zum Beschluss des Verkehrsausschusses im Parlament, die Rettungsgasse in Österreich umzusetzen. Diese gibt es bereits in Deutschland, der Schweiz, Tschechien und Slowenien. Erfahrungen zeigen, dass Einsatzfahrzeuge dadurch um bis zu vier Minuten schneller am

Unfallort sind. Bei beginnendem Stau fahren die Fahrzeuge auf der Überholspur nach links und alle anderen nach rechts. Der Pannenstreifen darf mitbenutzt werden, um alle Autofahrer umfassend aufzuklären, führt die ASIFINAG ab Herbst eine große Kampagne durch. ♦

„Die Rettungsgasse kann Leben retten“, sagt SPÖ-Verkehrssprecher Anton Heinzl.



wikimedia commons



PFLEGEFONDS

Die größte Verwaltungsreform der letzten Jahre

Sichere Finanzierung, schnellere Verfahren und weniger Bürokratie – der Pflegefonds und das Pflegegeldreformgesetz machen Österreichs Pflegesystem sicherer, moderner und besser.

Die nachhaltige Finanzierung der Pflegesachleistungen, einen qualitativen und quantitativen Ausbau der Pflege, deutlich schnellere Verfahren, mehr Transparenz und eine einfachere Verwaltung: Die von Sozialminister Rudolf Hundstorfer mit den Ländern ausverhandelte Einrichtung eines Pflegefonds und das Pflegegeldreformgesetz stellen die Finanzierung und Verwaltung von Österreichs gutem Pflegesystem auf neue und sichere Beine. Auch SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits begrüßt diese sozialpolitischen Meilensteine: „Mit den zusätzlichen 685 Millionen Euro für den Ausbau des Pflegefonds sichern wir nachhaltig die Pflegeleistungen ab und mit dem Pflegegeldreformgesetz gelingt die größte Verwaltungsreform der letzten Jahre.“

Vereinfachte Verwaltung, schnellere Verfahren

Im Rahmen des Pflegegeldreformgesetzes übernimmt der Bund künftig die bisherigen Verwaltungstätigkeiten der Länder. Das bedeutet eine Reduzierung der Träger von 303 auf acht. „Damit ist der Bundesregierung eine der größten Verwaltungsreformen gelungen“, sagte Csörgits. Wie nötig diese Verwaltungsvereinfachung ist und wie sehr die persönlich Betroffenen davon profitieren, zeigt sich eindrucksvoll im Vergleich der Verfahrensdauern für die PflegegeldEinstufung. Während die einzelnen Bundesländer für die Ausstellung eines Pflegegeldbescheids bis zu 154 Tage benötigen, braucht der Bund im Schnitt weniger als 56 Tage.



Spiola

SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits begrüßt die Bündelung der Kompetenzen beim Bund. Dadurch wird die Ausstellung der Pflegegeldbescheide deutlich beschleunigt.

Mit der Zustimmung im Sozialausschuss haben die beiden Gesetzesentwürfe bereits die erste parlamentarische Hürde genommen. Es wird intensiv weiterverhandelt, um bis zur Beschlussfassung die benötigte Zwei-Drittel-Mehrheit im Nationalrat zu erreichen. ♦

SERVICE

Endlich Preistransparenz an Tankstellen

Gute Nachricht für Autofahrerinnen und Autofahrer: Eine neue Spritpreis-Datenbank macht den Vergleich von aktuellen Tankstellenpreisen möglich.

Tankstellenbetreiber müssen künftig jede Änderung bei Treibstoffpreisen an eine Preistransparenzdatenbank melden, die bei der E-Control angesiedelt ist. Dadurch wird für Autofahrer ersichtlich, wo sich die günstigsten Anbieter im Umkreis eines angegebenen Standorts befinden. Für SPÖ-Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter ein großer Fortschritt: „Die Günstigsten werden die Besten sein. Diese Transparenz wird für eine Forcierung des Wettbewerbs auf dem österreichischen Tankstellenmarkt sorgen.“ Die für die Datenbank nötige Novelle des Preistransparenzgesetzes soll bei der kommenden Sitzung des Nationalrats Anfang Juli beschlossen werden. ♦



picturedesk

Mit der Spritpreis-Datenbank reagiert die Bundesregierung auf Kritik der Arbeiterkammer und sorgt für Transparenz an der Tankstelle.

BUNDESFORSTE

Gesetzesnovelle zum Erhalt der Wasserreserven notwendig

Das Bundesforstegesetz regelt u.a. das Verkaufsverbot von Liegenschaften mit strategisch zentralen Wasserreserven – derzeit aber ohne Nichtigkeitssanktion.

Darauf verweist die Stellungnahme des Justizministeriums auf eine Anfrage des SPÖ-Nationalratsabgeordneten Johann Maier, der eine rasche Novellierung des Gesetzes fordert. Eine derartige Novelle soll eine Nichtigkeitssanktion vorsehen, die auch gerichtlich eingeklagt und durchgesetzt werden kann. „Ein Verkaufsverbot von Liegenschaften ist sinnlos und totes Recht, wenn ein derartiger Kaufvertrag weiter aufrecht bleibt und nicht nichtig ist“, so Maier. Betroffen von dieser benachteiligten Rechtslage sind alle Bundesländer, in denen es die Bundesforste gibt, wie etwa Salzburg, Oberösterreich und die Steiermark. Maier will es daher den betroffenen Bundesländern und Gemeinden ermöglichen, die Nichtigkeit von Liegenschaftsverkäufen gerichtlich geltend machen zu können. ♦

SPÖ-Nationalratsabgeordneter Johann Maier: „Um den Erhalt der Bundesforste und die Sicherung der Wasserreserven zu gewährleisten, braucht es eine Novelle des Bundesforstgesetzes.“



Zimmer

WIEN

2,8 Millionen reif für die Insel



Söhne Mannheims, Train, Attwenger, Peter Cornelius oder Umberto Tozzi: Auf elf Bühnen glänzte das Donauinselfest mit hochkarätigen Music-Acts.



Die 28. Ausgabe des Donauinselfests sorgte mit vielfältigem Programm und nationalen und internationalen Top-Acts drei Tage lang für

Kurzweile.

Einmal im Jahr bekommt der Ausspruch „Ich bin reif für die Insel“ eine völlig neue Bedeutung. Nämlich dann, wenn die SPÖ Wien zum größten Open-Air-Event bei freien Eintritt in Europa lädt: zum Donauinselfest. 2,8 Millionen Besucherinnen

und Besucher zog es zur 28. Ausgabe des dreitägigen Festivals. Kein Wunder, lockte die Insel doch untertags mit einem vielfältigen Angebot an Sport-, Familien- und Freizeitaktivitäten und abends mit hochkarätigen nationalen und internationalen Musik-Acts wie den Söhnen Mannheims, Sido, Train, Attwenger, Umberto Tozzi oder Peter Cornelius. Mit dabei waren auch Bundeskanzler Werner Faymann und Wiens Bürgermeister Michael Häupl. Ihr gemeinsamer Insel-Rundgang hat bereits Tradition. ♦



„Jedes Jahr und bei jedem Wetter“: Heuer zum 28. Mal mit dabei war Bundeskanzler Werner Faymann.



Faymanns gemeinsamer Rundgang mit Bürgermeister Michael Häupl hat schon Tradition.



Abwechslungsreiches Programm für alle Altersgruppen: Auch die kleinsten Besucher kamen auf ihre Kosten.



Auch sportlich wurde einiges geboten: BMX-Show, Käfigmeisterschaft und verschiedene Funsport-Arten brachten die Insel-Besucher ins Schwitzen.

KINDERBETREUUNG

Burgenland ist Spitze



Mit 99,9 Prozent Betreuungsquote bei den 3- bis 5-Jährigen hat das Burgenland seine Vorreiterrolle bei der Kinderbetreuung noch weiter ausgebaut.

tet die burgenländische Betreuungsquote von 26,9 Prozent einen Spitzenplatz und liegt deutlich über dem österreichischen Durchschnitt. „Das bestätigt den Einsatz der Gemeinden und die massiven Förderimpulse des Landes. Mit dem vor zwei Jahren beschlossenen Projekt Gratiskindergarten und der neuen Kinderkrippen-Förderung haben wir unser Erfolgsmodell weiter ausgebaut. Das verpflichtende zweite Kindergartenjahr, das auf Bundesebene derzeit diskutiert wird, ist bei uns auf freiwilliger Basis praktisch Realität“, sagt dazu SPÖ-Familiensprecherin LAbg. Edith Sack.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist zentrales Anliegen

Für die SPÖ bleibt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie eines der zentralen gesellschaftspolitischen Anliegen. Wichtiges Nahziel ist eine weitere Verbesserung der Betreuungsquote bei den

Unter-3-Jährigen und der Ausbau ganztägiger Schulformen. Sack hebt hier die Wichtigkeit der Anstoßfinanzierung durch den Bund hervor: „Damit können gemeinsam mit den Gemeinden weitere Schritte zur Flexibilisierung des Betreuungsangebotes gesetzt werden. Auch mit dem Ausbau gemeindeübergreifender Einrichtungen können Angebotslücken geschlossen werden.“

Flächendeckende Kinderbetreuung schafft Wahlfreiheit

„Während Konservative mit steuerpolitischen Retro-Ideen wie dem ‚Familien-splitting‘ Frauen wieder zurück an den Herd treiben wollen, ermöglichen wir ihnen echte Wahlfreiheit“, betont die Familiensprecherin der SPÖ-Burgenland. Deshalb liegt das Burgenland mit über 70 Prozent auch bei der Frauenerwerbsquote über dem österreichischen Durchschnitt. ♦

SPÖ Bgld.



Für die Familiensprecherin der SPÖ-Burgenland LAbg. Edith Sack steht fest: „Eine flächendeckende Kinderbetreuung ist die wichtigste Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.“

Die neue Kindertagesheimstatistik der Statistik Austria bestätigt die Vorreiterrolle des Burgenlandes bei der Betreuungsquote der 3- bis 5-jährigen Kinder. Auch bei den 0- bis 2-jährigen bedeu-

NIEDERÖSTERREICH Ausgezeichnete Öffentlichkeitsarbeit



Die SPÖ NÖ prämierte die gute Öffentlichkeits-, Veranstaltungs- und Kommunikationsarbeit der Bezirks- und Ortsorganisationen mit dem „Winner“-Preis.

„Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist es wichtig, zusammenzustehen, zusammenzuarbeiten und sich positiv weiterzuentwickeln – und diese Prinzipien den Menschen näherzubringen. Deshalb wollen wir uns bei den vielen Mitarbeitern, Funktionären und ehrenamtlich Tätigen für ihr Engagement und ihre wichtige politische Informationsarbeit bedanken“, erklärte der Vorsitzende der SPÖ NÖ, Landeshauptmann-Stv. Sepp Leitner, im Rahmen der „Winner“-Preisverleihung. Bei diesem Organisationswettbewerb der SPÖ NÖ, der heuer bereits zum 16. Mal stattfand, wurden in sieben Kategorien insgesamt 44 Organisationen prämiert. ♦



SPÖ NÖ

LH-Stv. Sepp Leitner gratuliert der SPÖ Mödling (v.l.n.r. BGF Heinz Scheele, Regine Köllner, Cornelia Rausch und Werner Burg) zu ihrem Sieg in der Kategorie „Dokumentation“.

NATURFREUNDE Mehr Umweltbewusstsein beim Dachsteincamp



Die oberösterreichische Naturfreundejugend lädt zum internationalen Umweltworkcamp am Dachstein.

Das Camp in einer der schönsten Gegenden Österreichs findet von 7. bis 13. August 2011 für interessierte Jugendliche zwischen 16 und 30 statt. Auf dem Programm stehen Naturpflege beim Wiesberghaus und Freizeitangebote von Klettern bis Naturkunde. Die Ziele: ein sozial und ökologisch verträglicher Tourismus, die Vermittlung von Naturbewusstsein und -wissen und nicht zuletzt das Knüpfen neuer Kontakte. Die Kosten für Nächtigung und Verpflegung werden vom Veranstalter getragen. Anmeldung und Information: Naturfreundejugend OÖ, Umweltreferat, Siegfried Lehner 0732-667410, naturfreunde.oeko@aon.at. ♦



Fotolia

Der Dachstein ist wieder Schauplatz des Umweltworkcamps der Naturfreundejugend.



KOMMENTAR

Kaputtsparen ist keine Lösung!

Griechenland braucht die Unterstützung der europäischen Partner, aber kurzfristige Finanzspritzen reichen nicht aus. Wachstum und Beschäftigung sind Grundvoraussetzungen für eine nachhaltige Sanierung.

„Was uns die Krise in Griechenland ebenfalls gelehrt hat, ist, dass wir uns nicht länger von den US-amerikanischen Rating-Agenturen in die Irre führen lassen dürfen.“

An einer Unterstützung Griechenlands führt kein Weg vorbei. Zu folgeschwer wären die Auswirkungen für Europa, würde man eine Staatspleite zulassen. Dennoch gilt zu bedenken, dass die Rettungspakete Griechenland nur eine kurze Atempause verschaffen, um das Land nachhaltig zu sanieren, müssen langfristige Konzepte angedacht werden. Von Seiten der europäischen Partner wird verlangt, dass die griechische Regierung Sparpakete vorlegt und grundlegende Reformen vor allem in Bezug auf die überbordenden Verwaltungsausgaben vorlegt, ein Schritt der richtig und wichtig ist und dem das griechische Parlament – trotz heftiger Proteste der Bevölkerung – zugestimmt hat. Bei aller Notwendigkeit der Sparmaßnahmen, muss aber darauf geachtet werden, dass Griechenland handlungsfähig bleibt und Investitionen tätigen kann, um Wachstum und Beschäftigung zu ermöglichen. Wird den Griechen ein zu rigider Sparkurs abverlangt, so würde dieser einen massiven Einbruch der Inlandsnachfrage nach sich ziehen und die griechische Wirtschaft stark beeinträchtigen. Griechenland darf nicht in die Knie gezwungen und kaputtgespart werden. Deshalb sind Maßnahmen analog der „Wiener Initiative“ ins Auge zu fassen. Die sogenannte „Wiener Initiative“ wurde bereits bei der Rettung der osteuro-



Die beschlossenen Sparmaßnahmen sind notwendig, aber auch Investitionen für Wachstum und Beschäftigung dürfen nicht auf der Strecke bleiben.

päischen Banken erfolgreich angewandt. Umgelegt auf Griechenland würde dies bedeuten, dass private Gläubiger wie Banken und Versicherungen auf freiwilliger Basis einen Teil der Lasten tragen. Anleger könnten neue griechische Staatsanleihen kaufen, wenn alte auslaufen. Griechenland würde so ein Zahlungsaufschub verschafft werden und Strukturreformen würde Zeit und Möglichkeit gegeben, zum Erfolg zu kommen.

Was uns die Krise in Griechenland ebenfalls gelehrt hat, ist, dass wir uns nicht länger von den US-amerikanischen Rating-Agenturen in die Irre führen lassen dürfen. Trotz Zusagen der europäischen Partnerländer und Reformen in Griechenland sanken die Ratings in den Keller, ein Abbild der Realität war nicht mehr gegeben. Die Folge: Nervöse Re-

aktionen der Märkte und auch der politisch Verantwortlichen innerhalb der EU. Die einzigen, die von diesen nicht nachvollziehbaren Ratings profitieren, sind einige Hochrisiko-Spekulanten, das Nachsehen haben die europäischen Steuerzahler. Es ist daher höchst an der Zeit, eine europäische Rating-Agentur ins Leben zu rufen, die unabhängig, objektiv und transparent Bewertungen vornimmt. Nur dann kann es uns gelingen, auf ähnliche Krisenfälle mit kühlem Kopf und Augenmaß zu reagieren. ♦

Hannes Swoboda ist Mitglied des europäischen Parlaments und Vize-Präsident der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament.

Neues zum „Österreich 2020“-Prozess

Das Interesse am Thema Bildung ist ungebrochen. Rund 150 Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler und weitere Interessierte besuchten den jüngsten „Österreich 2020“-Zukunftsdiskurs Bildung im niederösterreichischen Mistelbach. Bildungsministerin Claudia Schmied stellte sich

der Diskussion und präsentierte die flächendeckende Neue Mittelschule sowie die Reform der Oberstufe. Es geht um eine Umstellung auf schrittweise und kontinuierliche Leistungserbringung. Nachhilfekosten für die Eltern sollen gesenkt und die Kinder und Jugendlichen in der Schule individuell betreut

und gefördert werden. Das Ziel ist eine motivierende und leistungsorientierte Schule. Aufgrund des großen Erfolgs der „Österreich 2020“-Zukunftsdiskurse mit Expertinnen und Experten vor Ort, wird diese Reihe zu verschiedenen Themenbereichen im Herbst fortgesetzt werden. ♦

LESERBRIEFE

Die Debatte um die Reform des Bundesheeres, die Diskussionen um die Oberstufe Neu und die Griechenlandpleite beschäftigten unsere Leser in den letzten Wochen besonders. Zahlreiche Reaktionen erreichten die Redaktion. Hier finden sich einige Zusendungen – teilweise gekürzt – wieder.

Wehrpflichtdebatte

Wieder einmal flammt die Debatte über das Thema Wehrpflicht auf. Und es ist eine wichtige Debatte, denn die Notwendigkeit einer Reform des Heeres und der allgemeinen Wehrpflicht besteht. Ich selbst habe vor kurzem meinen Präsenzdienst abgeleistet und es hat mich in meiner Meinung nur noch mehr bestärkt, dass das Modell der allgemeinen Wehrpflicht ein Auslaufmodell ist. Und es denken viele junge Leute so wie ich. Deutschland hat den Schritt zur Aufhebung der Wehr-

pflicht ja schon gewagt. Deshalb bin ich sehr froh, dass die SPÖ hier auf der Seite der jungen Menschen steht und eine Volksbefragung über die Abschaffung anstrebt.

Auf einen großen Erfolg hofft,
Damir Suljic, 9020 Klagenfurt

Oberstufenreform

Liebe Genossen!

Als Mutter eines 16-jährigen Schülers, der gerade die 6. Klasse eines Gymnasiums besucht, freue ich mich über die geplante Oberstufenreform. Mein Sohn hatte letztes Jahr Probleme in Latein und Englisch, konnte aber durch eine Nachprüfung aufsteigen. Er ist sehr begabt in den naturwissenschaftlichen Fächern, tut sich aber bei den Sprachen schwer. Wer einen Schüler erlebt hat, der vor Angst, sitzen zu bleiben, eine Woche lang kaum schlafen konnte, weiß, welcher Druck auf den jungen Menschen liegt.

Ich sehe nicht ein, wieso jungen Menschen, die ein, zwei Problemfächer haben, dadurch die Zukunft verbaut werden soll. In diesem Sinn bin ich als langjähriges Mitglied froh, dass die SPÖ hier Initiative gesetzt hat. Lasst euch jetzt nicht von der ÖVP bremsen!

Freundschaftliche Grüße,
Hermine Mader, 1220 Wien

Griechenland - Solidarität mit den Griechischen Arbeitern zeigen!

Man darf sich nicht wundern, wenn in Griechenland aufbegehrt wird. Jahrzehnte neoliberaler Politik haben den sozialen Zusammenhalt zerstört. Die Reichen werden immer reicher und die Armen immer ärmer. Speku-

lant und unseriöse Banken haben die Wirtschaft ruiniert und nun müssen die kleinen Leute in Griechenland die Zeche zahlen! Die Griechen haben nicht über ihre Verhältnisse gelebt, die Banken haben über ihre Verhältnisse spekuliert. Als Sozialdemokraten dürfen wir die griechischen Arbeiter nicht im Stich lassen.

Herbert Fasseis, per Mail

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:
SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18,
Chefredakteur: Mag. Thomas Geiblinger,
Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler,
Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel,
Mag^a Alexandra Hopf, Mag^a Birgit Jung, Philipp Lindner,
Mag. Peter Prantl, Mag^a Sophia Schönecker,
Michael Sirkovits, Andreas Strobl,
Susanne Vockenhuber,
Bildredaktion: Emil Goldberg, Layout: Thomas Lehmann,
Coverfoto: picturedesk
Bildbearbeitung: Max Stohanzl,
Sekretariat: Michael Pavelka, Tel: 01/534 27/275

Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels &
Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97
Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt,
E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at
Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 23 Euro

TERMIN



Montag, 4. 7.

Diskussionsveranstaltung: „Moderne Familienpolitik – Besuchsrecht und Obsorge“

Das Thema Obsorge wird in Österreich sehr emotional diskutiert. Das Wichtigste bei den Fragen um Besuchsrecht und Obsorge ist „Was ist gut fürs Kind?“ Besonders in jenen Fällen, wo es im Zuge der Trennung, Streit und Konflikte zwischen den beiden Elternteilen gibt, kann die „automatische, gemeinsame Obsorge“ keine adäquate Lösung sein. Hierzu können Sie mit Gabriele Heinisch-Hosek (Frauenministerin), Doris Täubel-Weinreich (Familienrichterin), Anneliese Erdemgil-Brandstätter (Frauenberatungsstelle „Kassandra“) und Andreas Kollross (Kinderfreunde NÖ) persönlich diskutieren.

Beginn: 19.00 Uhr
Christoph Migazzi-Haus,
Schlossmühlplatz 1, 2351 Wiener Neudorf

NET NEWS

„Debtocracy“ – Video-Tipps auf www.spoe.at

Ob hörensvalue politische Statements, informative Dokus oder einfach nur unterhaltsame Clips – auf **www.spoe.at/video-tips** präsentieren wir ausgewählte Video-Fundstücke aus dem Internet. Neu dabei ist etwa „Debtocracy“, ein griechischer Dokumentarfilm von Katerina Kitidi und Aris Hatzistefanou aus dem Jahr 2011. Die Dokumentation beschäftigt sich mit

den Gründen für die griechische Schuldenkrise und mit möglichen Lösungsvorschlägen. Neu auch „Fear the Boom and Bust“ (Fürchte die Konjunkturzyklen). John Maynard Keynes und F.A. Hayek, sind zurückgekehrt und singen in Rap-Form über Konjunkturzyklen in der modernen Wirtschaft und warum man sie fürchten sollte. Viel Spaß beim Ansehen! ♦

www.spoe.at/video-tips





Beim EU-Rat ...

... in Brüssel trafen sich Europas Staats- und Regierungschefs, um sich unter anderem über die Zukunft Griechenlands zu beraten. Im Bild: Bundeskanzler Werner Faymann im Gespräch mit EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso.



Im Interesse des Landes ...

... erbrachte die österreichische Journalistin Ilse Brandner-Radlinger herausragende Leistungen. Staatssekretär Josef Ostermayer überreichte ihr dafür das Große Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich.



In der Kinderstadt ...

... Minopolis freuten sich Gesundheits- und Sozialstadträtin Sonja Wehsely, Gesundheitsminister Alois Stöger und Apothekerkammer-Präsident Heinrich Burggasser über Daniel, den 10.000. Besucher der Minopolis-„Apotheke“.



Auf Tour ...

... durch die Bundesländer besuchte Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek das Mädchencafé Zieglergasse, das erste konsumzwangfreie Café in Wien ausschließlich für junge Frauen. Die Ministerin plauderte mit den Mädchen über ihre Zukunftsvorstellungen und Wünsche.